

Ein günstiges Zeitfenster

Die Gründung der Universität Luxemburg und der Einfluss internationaler Entwicklungen im Hochschulbereich¹

Gangolf Braband
Luxemburg

Als die Bologna-Erklärung 1999 verabschiedet wurde, war Luxemburg, ohne selbst eine Universität zu haben, einer der Unterzeichnerstaaten. Der daraus entstandene Eindruck einer Anomalie war Resultat einer Entwicklung, deren Wurzeln in die jüngere Geschichte des Landes zurückreichen. In den Jahrzehnten vor der Bologna-Erklärung hatte das Land sich in ein internationales Finanzzentrum sowie in eine politische Schaltstelle und das juristische Zentrum der Europäischen Union (EU) entwickelt. Vor diesem Hintergrund warf die fortdauernde Abwesenheit einer Universität zunehmend Fragen auf. Dies blieb in dem Großherzogtum selbst nicht unbemerkt und so bemerkte bereits 1991 der Luxemburger Autor Roger Manderscheid in einer Rede:

„Warum gibt es immer noch keine Universität in Luxemburg? Um uns herum sind entlang unserer Grenzen eine ganze Reihe Universitäten aus dem Boden geschossen, warum nicht hier? Wollen wir immer noch keine geistige Unruhe bei uns im Land? Es scheint so. Die finanzielle Unruhe stört uns ja weiter nicht. Dabei wären wir ein Ort wie aus dem Bilderbuch um europäische Sprachen zu lernen und zu studieren. Wir bekommen ja ein Museum für Gegenwartskunst hierher. Eine gute Sache. Warum keine Universität? Wir könnten die besten internationalen Professoren hier nach Luxemburg ziehen und Luxemburg so zu einem geistigen Zentrum machen, als Gegengewicht zu dem bombastischen Bankenzentrum.“²

Lange Zeit wurde die geringe Größe des Landes als Erklärung für die Abwesenheit einer Universität herangezogen. Aber diesem Argument mangelte es – auch weil andere kleinere Staaten durchaus Universitäten besaßen (z.B. Island und Malta) und noch besitzen – an Überzeugungskraft.

¹ Der Artikel entstand im Rahmen des von der Universität Luxemburg geförderten Forschungsprojekts „Globalisation and Higher Education Policy: International Governance, Domestic Reform and the Challenges of the Public University“, vgl. http://www.uni.lu/recherche/flshase/institut_de_science_politique/global_uni (Stand Juli 2015).

² zitiert in: forum (1992: 37); eigene Übersetzung aus dem luxemburgischen Original

Wesentlich relevanter hingegen war die Existenz einer Luxemburger Besonderheit: Aufgrund der Abwesenheit einer Universität studierten die Luxemburger traditionell im Ausland, was als Bereicherung für die Bildung einer nationalen Elite angesehen wurde. Von diesem Standpunkt aus betrachtet war eine Universität im Land nicht nur ein teures Unternehmen, sondern erschien kontraproduktiv für die Reproduktion einer gut ausgebildeten Elite und damit nicht notwendig, um das Wohlergehen des Staates sicherzustellen.

In einer solchen Wahrnehmung hatten das internationale Umfeld und die weitergehende Bedeutung einer Universität wenig Platz. Mit dem Wandel zur Wissensgesellschaft sowie der damit verbundenen, von der OECD und anderen internationalen Organisationen protegierten Hinwendung zur Wissensökonomie änderte sich dies. Universitäten erschienen in einem anderen Licht, da sie nun mit wirtschaftlichem Fortschritt assoziiert wurden. Keine Universität zu haben war daher potentiell ein ökonomischer Nachteil und damit von besonderer Relevanz für ein Land wie Luxemburg mit seiner begrenzten wirtschaftlichen Diversität. Nachdem die Bologna-Erklärung und die Lissabon Strategie (2000) der EU die internationale Dimension weiter verfestigten, erschien daher die im Jahr 2003 vollzogene Gründung der Universität Luxemburg eine logische Konsequenz eines sich wandelnden europäischen und internationalen Umfeldes.

Und doch ergibt sich bei näherer Betrachtung ein differenziertes Bild, welches zwar den Einfluss der externen Dimension bestätigt, aber die daraus scheinbar resultierende Zwangsläufigkeit der Entwicklung in Frage stellt. Eine solche Einschätzung lässt sich aus der Diskussion in Luxemburg im Vorfeld der Gründung der Universität selbst ablesen.

Es war eine sehr überschaubare, nur wenige Akteure involvierende und auf die eigenen Zustände fokussierte Diskussion, die letztlich wenig Bewegung in Richtung der Etablierung einer Universität erkennen ließ. In diesem Sinne setzten die Internationalisierung und die Europäisierung im Hochschulbereich nicht ein generelles Umdenken in Luxemburg in Gang, sondern repräsentierten vielmehr Arenen außerhalb der nationalen Hochschulpolitik,³ die den nationalen Akteuren Instrumente zur Durchsetzung ihrer Ziele anboten (Harmsen 2013). Im Fall von Luxemburg wurden diese Arenen und die dargebotenen Instrumente von einem kleinen Kreis

³ Vor Gründung der Universität wurde der Hochschulpolitik keinen grossen Stellenwert eingeräumt. Sie bezog sich primär auf das generelle System des Auslandsstudiums und die existierenden postsekundären Ausbildungseinrichtungen (für nähere Informationen siehe Punkt 2 der Gliederung).

von Akteuren (hauptsächlich im Hochschulministerium) genutzt, um den Widerstand im Land gegen eine Hochschule zu überwinden. Die Dynamik der Arenen und die spezifischen Bedingungen in Luxemburg öffneten dabei ein Zeitfenster, in dem die Gründung einer Universität Luxemburg möglich wurde.

Die folgende Argumentation zur Untermauerung dieser These basiert primär auf Interviews mit neun Schlüsselakteuren aus dem akademischen und politischen Bereich sowie auf der Analyse von Beiträgen in der Zeitschrift ‚forum‘, dem wichtigsten Organ für intellektuelle gesellschaftliche Diskussionen im Luxemburg.

Die Darstellung beginnt mit einer kurzen Zusammenfassung der internationalen und europäischen Entwicklungen in der Hochschulpolitik (1.). Es folgt eine Beschreibung der Entwicklungen im Hochschul- und Forschungsbereich in Luxemburg (2.). Analysiert wird dann die Kontroverse im Vorfeld der Gründung der Universität (3.). Im Anschluss werden die Bedeutung der internationalen Arenen hervorgehoben und die Bedingungen beschrieben, die die Wahrnehmung eines Zeitfensters fördern (4.).

1. Die Europäisierung und Internationalisierung im Hochschulbereich

Die quantitative Expansion im Hochschulbereich transformierte ein Elitentema zu einem Massenphänomen mit gesteigerter politischer Relevanz, deren Bedeutung und Auswirkungen vor nationalen Grenzen nicht Halt machte. Der 1999 gestartete Bologna-Prozess markierte dabei nicht den Anfang der Entwicklung, sondern ist nur eine ihrer sichtbarsten Ausdrucksformen, selbst wenn dies anfänglich noch nicht so zu erkennen war. Dies änderte sich in den folgenden Jahren, u.a. weil die Europäische Kommission 2000 ihre Lissabon-Strategie startete, um die EU an die Spitze der wettbewerbsorientierten und wissensbasierten Wirtschaftsräume zu bringen.

Die Strategie ging dabei weit über Hochschulthemen hinaus, die Parallelen zu Bologna wurden aber in den folgenden Jahren offensichtlich, insbesondere wegen der Doppelrolle der Europäischen Kommission in beiden Initiativen (siehe z.B. Capano/Piattoni 2011; Keeling 2006). Die Hochschulrelevanz der Lissabon-Strategie bezog sich allerdings mehr auf den Forschungsbereich. Im hiesigen Zusammenhang ist dabei von besonderer Bedeutung, dass als Teil der Strategie drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Forschung und Innovation aufgewendet werden sollten (wobei zwei Prozentpunkte durch den Privatbereich und ein Prozentpunkt durch die öffentliche Hand erbracht werden sollten).

Bologna und Lissabon sind als Europäisierungsprozesse eingebettet in die Idee der Internationalisierung im Hochschulbereich. Die damit verbundene Wissensökonomie impliziert eine Marktorientierung im Hochschulbereich und ein Mehr an Wettbewerb bis hin zu den Vorstellungen einer neoliberalen Ideologie. In diesem Sinne wurden Bologna und Lissabon mit einer neoliberal-wissensökonomischen Orientierung assoziiert. Im Fall des Bologna-Prozesses ist dies weniger offensichtlich als bei der Lissabon-Strategie (Brabant i.Ersch.). Lissabon war allerdings letztlich nicht erfolgreich und stellte sich nicht nur in seinen hochschulbezogenen Themen als zu extrem und einseitig dar. Trotz dieser Entwicklung hat die Lissabon-Strategie insbesondere in Luxemburg ihre Spuren hinterlassen, wie sich in der weiteren Argumentation noch zeigen wird. Zuvor ist es zum besseren Verständnis notwendig, noch einen Blick auf die allgemeine Entwicklung im Hochschulbereich in Luxemburg zu werfen.

2. Hintergrund: Entwicklungen im Hochschul- und Forschungsbereich in Luxemburg

Schon im 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts gab es Bemühungen in Luxemburg, eine Universität zu etablieren (Zotz 2002: 3). In beiden Fällen scheiterte das Anliegen an Widerständen im Land. Damit verfestigte sich langfristig eine ablehnende Haltung, die sich primär auf das Argument stützte, dass eine Universität zu teuer sei für das kleine, landwirtschaftlich geprägte Land. Die Folge dieser in den Anfangsjahren des 1839 unabhängig gewordenen Landes durchaus plausiblen Argumentation war notwendigerweise eine Fokussierung der nationalen Eliten auf ein Auslandsstudium. Diese entwickelte eine Eigendynamik, welche die ablehnende Haltung gegenüber einer Universität im Land bis weit in die Zeiten des zunehmenden staatlichen Reichtums hinein verlängerte.

Das System hinter dem Auslandsstudium hatte eine gewisse Komplexität. Für viele Studierende begann das Studium zuerst in Luxemburg (ab 1974 am designierten ‚Centre Universitaire‘) und dauert dort zuerst ein, später zwei Jahre. Erst dann erfolgte der Wechsel ins Ausland, wobei sich die Anerkennung der bisher erbrachten Studienleistungen mal mehr oder – im Falle von existierenden Kooperationsvereinbarungen mit den Institutionen im Ausland – mal weniger schwierig gestaltete. Dieses System trug dazu bei, dass die Bindung der Studierenden an ihr Heimatland erhalten blieb, unterstützt durch eine oft vorhandene geographische Nähe der Gastuniversitäten in den Grenzregionen der Nachbarländer.

Noch wichtiger in diesem Zusammenhang sind aber die luxemburgischen Studierendenverbindungen an den verschiedenen Universitäten, die

traditionell vom Heimatstaat gefördert werden. Sie dienten und dienen nicht nur der Netzworfbildung unter den Studierenden, sondern auch als Verknüpfungspunkt mit der nationalen Elite in Luxemburg, die den Absolventen den Zugang zu Führungspositionen nach deren Rückkehr ins Heimatland erleichterten. Das Auslandsstudium erlangte dadurch den Status einer Art von Zugangsvoraussetzung zur nationalen Elite.

Daraus resultierte ein Kreislauf der Elitereproduktion, der auf eng definierten Kriterien (Zugang zum Auslandsstudium, Religion, politische Position) beruhte und ein ausgeprägtes Element der Exklusion beinhaltete. In solcher Form prägte die Tradition des Auslandsstudiums erheblich die Elitenbildung in Luxemburg mit, gerade weil sie große Gruppen außerhalb des traditionellen, eher konservativ geprägten Milieus ausschloss und zugleich nur wenige alternative Zugangsmöglichkeiten zu diesem Kreis bestanden (Rohstock/Schreiber 2012, 2013).

Insgesamt entsteht so der Eindruck, dass die (historische) Wahrnehmung des Universitätsstudiums als Privileg der Eliten in Luxemburg länger überlebte als dies in den umliegenden Ländern der Fall war. Entsprechend kann es kaum überraschen, dass in dem Land eine verzögerte Anpassung an internationale Entwicklungen im Hochschulbereich stattfand. Überraschend ist jedoch, dass dies auch die Forschung betraf.

1963 kam ein OECD Bericht zu der Einsicht, dass Luxemburg nur ein rudimentäres wissenschaftliches Umfeld besitze (Meyer 2009: 456), und selbst 1980 noch war es der Regierung nicht möglich, den für die wissenschaftliche Forschung aufgewendeten Anteil des BIP zu identifizieren (Meyer 2008: 363). Beeinflusst durch das erste Forschungsrahmenprogramm der EU (1984–1987) begann sich die Situation in Luxemburg zu ändern. Als Folge wurde 1987 ein Rahmengesetz für die Forschung verabschiedet, welches eine, wenn auch wenig sichtbare, Initialzündung für die Diskussionen zur Gründung einer Universität darstellte.⁴

Einen neuen Schub erlebte diese Diskussion im Zuge des Vertrags vom Maastricht von 1992 (durch die Anerkennung einer Kooperationsrolle der EU in Fragen der Bildung) und mit der Etablierung des europäischen Binnenmarktes zum 1. Januar 1993. In diesem Umfeld kam es zu einer kurzfristigen Belebung der Frage einer Universität in Luxemburg, ohne dass dies sich aber in einem Politikwandel äußerte. Daran änderte auch das sich 1996 anschließende erste Hochschulbildungsrahmengesetz wenig, da es sich primär auf die existierenden post-sekundären Institute (wie z.B. das ‚Centre Universitaire‘) bezog.

⁴ Interviews: 16.6.2014, 2.6.2014

Der Status quo eines Staates ohne Universität blieb daher unberührt und wurde im folgenden Jahr auf sehr direkte Art und Weise von Premierminister Jean-Claude Juncker bestätigt, der seine Ablehnung einer solchen Institution folgendermaßen formulierte:

„Weil ich mit einem unbegrenzten Fanatismus gegen eine luxemburgische Universität bin, weil ich Angst habe vor der Betriebsblindheit junger Luxemburger, die nicht mindestens vier Jahre im Ausland studiert haben. Ich fürchte den akademischen Inzest.“ (Juncker 1997: 13)

Die Worte schienen ihre Wirkung nicht zu verfehlen, denn es gab in den nächsten Jahren wenig Bewegung in der Diskussion. Daran schienen die Nationalwahlen von 1999 zunächst nichts zu ändern. Die Christsozialen (CSV) von Juncker blieben die stärkste Kraft im Lande und mussten sich nur mit einem neuen Koalitionspartner arrangieren.⁵ Eine Universität spielte weder im Wahlkampf noch in den Koalitionsverhandlungen eine Rolle.⁶ Dennoch markierte die Wahl einen Wendepunkt. Die frühere Erziehungsministerin Erna Hennicot-Schoepges (CSV) übernahm ein neu geschaffenes Ministerium für Kultur, Hochschulbildung und Forschung.

Da Luxemburg über keine Universität verfügte, verursachte der Name zwar Heiterkeit unter einigen Kommentatoren (forum 1999: 5), ließ aber angesichts der Unterzeichnung der Bologna-Erklärung durch Hennicot-Schoepges zwei Monate vor Bildung der neuen Regierung bereits eine neue Prioritätensetzung erahnen. Als dann noch einige Monate später die Lissabon-Strategie mit ihrer Forderung nach mehr öffentlicher Forschungsförderung lanciert wurde, nahm die Entwicklung an Fahrt auf.

Im Mai 2000 legte das Ministerium ein Weißbuch zur Hochschulbildung vor (Ministère de la Culture, de l'Enseignement Supérieur et de la Recherche 2000), und weniger als zwei Jahre später (März 2002) präsentierte das Hochschulbildungsministerium seine Pläne für eine Universität in einer Veranstaltung mit Interessensvertretern und der Presse. Dieses Seminar markierte jedoch nicht den Beginn einer gesellschaftlichen Debatte über eine Universität, stattdessen wurde das Projekt ohne die entsprechende Beteiligung der Zivilgesellschaft vorangetrieben.

Das Gesetz zur Gründung der Universität Luxemburg wurde im August 2003 verabschiedet und trat zwei Monate später in Kraft. Innerhalb von etwas mehr als vier Jahren wurde aus einem wenig wahrgenommenen Thema eine rechtlich verankerte Realität. Vor dem Hintergrund der traditionellen Opposition gegen eine Universität offenbarte ein solcher-

⁵ Koalitionspartner war nicht länger die Arbeiterpartei (LSAP), sondern die Liberalen (DP).

⁶ Interviews: 26.5.2014, 16.6.2014

maßen beschleunigter Prozess ein Konfliktpotential, welches durch die vorherrschende Komplexität der Situation noch verstärkt wurde.

3. Ein kontroverses Thema: die Gründung einer Universität in Luxemburg

Das Thema einer Universität in Luxemburg wurde zwar schon in den Jahren vor der Ankündigung des Ministeriums kontrovers diskutiert, aber es blieben Diskussionen im kleinen Kreis. Die große Mehrheit der Bevölkerung berührte es wenig, und so entstand keine sichtbare gesellschaftliche Auseinandersetzung um dieses Thema. Ohne eine wie auch immer gartete Erschütterung des existierenden Systems bestand in dem Land kein Bedürfnis, etwas an der Situation zu ändern.

So erinnerten die Befürworter einer Universität fast an Einzelkämpfer, obwohl die traditionellen Argumente gegen eine Universitätsgründung in der Zwischenzeit erheblich an Gewicht verloren hatten. Beispielsweise erlaubte der Verweis auf die hohen Kosten einer Universität angesichts der Entwicklung Luxemburgs zu einem internationalen Finanzzentrum in den Augen eines Beobachters nur eine Bewertung: „Schwachsinn“ (Wehenkel 1992: 25).

Dies wurde wohl in den politischen Kreisen ähnlich gesehen, führte aber nicht zu einer grundsätzlichen Richtungsänderung. Stattdessen wurden einige graduelle Anpassungen vorgenommen, etwa die schon erwähnte Ausweitung des Studiums in Luxemburg von einem Jahr auf zwei Jahre vor Antritt des Auslandsstudiums (Fischbach 1992).

Solch gegensätzliche Reaktionen basieren letztendlich auf den unterschiedlichen Wahrnehmungen der bestehenden Situation. Die einen sahen die Vorteile einer Universität (Forschung als neues Standbein für Luxemburg, Arbeitsplätze, Erhöhung der Attraktivität Luxemburgs als Wirtschaftsstandort etc.), während die anderen die Vorteile des Auslandsstudiums betonten und zugleich fürchteten, dass eine Universität im Land dieses System zunichtemachen würde.

Da aber in der Verfassung das Recht auf ein Studium an einem frei wählbaren Ort verankert ist (Artikel 23) und damit durch die Existenz einer Universität in Luxemburg die Möglichkeiten zur Aufnahme eines Auslandsstudiums keineswegs einschränkt würde, ist zu vermuten, dass es den Gegnern einer Universität nicht nur um das Auslandsstudium an sich ging, sondern ebenso andere Aspekte eine Rolle spielten. Dazu gehörten z.B. Bedenken gegenüber dem ‚Centre Universitaire‘, das wegen interner Leitungsprobleme und dem Qualifikationsstatus seines Lehrpersonals als Keimzelle für eine zukünftige Universität umstritten war, und

Bedenken in Bezug auf das „Luxemburger Modell“, wo jeder jeden kennt und man sich gegenseitig mit Jobs versorgt (Junckers Rede vom „akademischen Inzest“ ging in diese Richtung).

Da diese Bedenken allerdings auch von Befürwortern einer Universität geteilt wurden (so etwa Theis 1992) und damit im Prinzip eine gemeinsame Basis bestand, um solchen Entwicklungen entgegenzuwirken, reichen solche Argumente nicht aus, um damit die Ablehnung einer Universitätsgründung zu erklären. Es lassen sich daher bei den Gegnern einer Luxemburger Universität Motive vermuten, die weniger deutlich artikuliert werden. So wurde die Gründung einer Universität im Land als Bedrohung der existierenden Netzwerke aus Studierenden im Ausland und der gesellschaftlichen und politischen Elite in Luxemburg angesehen. Die Schaffung eines weiteren Akteurs würde das bestehende System der Elitenreproduktion verändern, ohne dass die Konsequenzen daraus absehbar wären. Befürchtet wurde zudem, dass eine Universität sich als eine neue Instanz für die kritische Reflexion zu Fragen der Luxemburger Gesellschaft und Identität etablieren würde.⁷

Beide Aspekte – eine neue Ebene der Elitenreproduktion und eine neue Instanz für einen kritischen gesellschaftlichen Diskurs – hatten das Potential, die traditionelle Elitenbildung im Land zu unterwandern und dabei die Rolle und den Status der existierenden Eliten in Frage zu stellen.

Aus dieser Analyse ergibt sich schon, dass eine Einteilung der Gegner und Befürworter einer Universität entlang einer Konfliktlinie Ausbildungsorientierung (Studium im Ausland) versus Forschungsorientierung (wirtschaftlicher Faktor) nur ein unzureichendes Bild ergibt. Die Situation war wesentlich komplexer und hat mehrere, durch unterschiedliche Interessen gekennzeichnete Spannungsfelder produziert, die eine Charakterisierung der Gruppen erschwert.

So mögen etwa die einen in dem Wunsch, eine Universität zu etablieren, vereint gewesen sein, aber sie hatten, obwohl absolut betrachtet nur eine kleine Gruppe, sehr unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie solch eine Universität aussehen sollte. Sie bildeten, wie auch die ‚Gegenseite‘, keine homogene Gruppe. Das Ganze war mehr „diffus“ und keine „Schwarz und Weiß“-Angelegenheit.⁸ Dazu kamen noch die herrschende Indifferenz in großen Teilen der Bevölkerung und das auch daraus resultierende mangelnde Interesse der Politik an dem Thema. Unter solchen

⁷ Das wurde in mehreren Interviews hervorgehoben, siehe dazu auch: Kmec (2013) und Hirsch (2013).

⁸ Interview: 12.6.2014

Umständen – so ein akademischer Beobachter – komme es letztendlich einem „Wunder“ gleich, dass die Universität überhaupt gegründet wurde.⁹

4. Der entscheidende Faktor: der Einfluss der Europäisierung

Es ist kein Zufall, dass die internationale Dimension bei der bisherigen Analyse keine Erwähnung fand – sie hatte einfach keinen sichtbaren Einfluss auf den Diskurs. Bologna und Lissabon blieben – selbst nach der Ankündigung der Universitätsgründung – in den Diskussionen außen vor. Für Außenstehende war es eine primär nationale Debatte innerhalb eines Zirkels von ‚Insidern‘, die von nationalen Themen und Befindlichkeiten dominiert wurde. Selbst rückblickend und mit dem Wissen um den Einfluss z.B. des Bologna Prozesses zeichnen die Interviewpartner ein eher diffuses Bild in Bezug auf die Bedeutung der Internationalisierung bei der Gründung der Universität. Bologna und Lissabon werden von den meisten nicht als treibende Kraft in der Entwicklung angesehen.

Auf der anderen Seite werden eher unspezifische Auswirkungen der Internationalisierung wie ‚Wissensökonomie‘ und ‚Wissensgesellschaft‘ als mehr oder weniger relevante Dimensionen verstanden. Eine Analyse des öffentlichen Diskurses in dem betreffenden Zeitraum anhand ausgewählter Artikel zeigt eine noch größere Abwesenheit der internationalen ‚Einflussgröße‘. Das unterstreicht die Dominanz der nationalen Dimension im Vorfeld der Universitätsgründung. Es ist hier allerdings notwendig, eine qualifizierende Anmerkung einzufügen.

So ist anzunehmen, dass ein Land, welches eine – geographisch und politisch – so zentrale Position innerhalb der EU einnimmt und in welchem die Internationalisierung solch eine Bedeutung hat (Stahlindustrie, Bankensektor) kaum eines expliziten Diskurses über den Einfluss der Internationalisierung auf die Hochschulen bedarf. Die Tradition des Auslandsstudiums ist ein Teil davon und trägt zu der „hyper-diversen“ Gesellschaft (Powell 2014: 125), basierend auf Migration und Mobilität, bei, in der die Internationalisierung von Beginn an ein prägendes Element darstellte. Der internationale Faktor ist daher zumindest unter den nationalen Experten gegenwärtig, ohne explizit genannt zu werden. In diese Richtung deuten auch die Interviews mit zwei Akteuren in leitenden Positionen, die zwar den Einfluss der Internationalisierung bei der Gründung der Universität anerkennen, ihn aber nicht näher definieren (können).¹⁰

⁹ Interview: 9.4.2014

¹⁰ Interviews: 5.6.2014, 2.6.2014

Ein ganz anderes Bild ergibt sich bei Betrachtung des luxemburgischen Hochschulministeriums. Der in Bezug auf den Bologna-Prozess leitende politische Beamte identifizierte sowohl Bologna als auch Lissabon als treibende Kräfte im Gründungsprozess der Universität (Doerner 2013). Die zuständige Ministerin zu diesem Zeitpunkt, Erna Hennicot-Schoepges, bestätigt dies in einem Gespräch. Sie hebt hervor, dass insbesondere die Lissabon-Strategie und die damit verbundene Maßgabe der Investition von einem Prozent des Bruttoinlandprodukts in die öffentliche Forschung ihr ein machtvolles Instrument in die Hände gegeben habe (weil Luxemburg weit von der Investitionsanforderung entfernt war und immer noch ist).¹¹

Legitimiert werden konnte so die Investition in eine Universität, und zugleich ließ sich damit die Opposition des damaligen Premierministers Jean-Claude Juncker überwinden. Letztlich impliziert dies, dass Juncker seine Meinung aufgrund der Lissabon-Strategie änderte.¹²

Für Hennicot-Schoepges öffnete Lissabon ein Zeitfenster für die Etablierung einer Universität, und in ihren Augen bestand die Gefahr, dass die 2004 anstehenden nationalen Wahlen dieses Fenster wieder schließen würden.¹³ Vor diesem Hintergrund entwickelte sich ein Top-Down-Prozess ohne Transparenz und öffentliche Beteiligung. Entsprechend fielen die Reaktionen darauf aus und reichten von einem eher milden Hinweis auf das „Wahnsinnstempo“ der Entwicklung¹⁴ bis hin zur Feststellung, dass das Ministerium öffentliche Debatten meide „wie der Teufel das Weihwasser“ (Pauly 2004: 6).

Das Tempo und die Vorgehensweise diente noch einem weiteren Zweck: das Ziel der Etablierung einer Forschungsuniversität mit geringem Lehrumfang sollte nicht durch öffentliche Diskussionen und durch die daraus resultierenden Kompromissforderungen gefährdet werden. Die Fokussierung auf eine Forschungsuniversität erfolgte wiederum aus drei Gründen:

1. es sollte die Anforderungen an die Forschungsförderungen der Lissabon-Strategie widerspiegeln,
2. die wirtschaftliche Bedeutung der Universität als Beitrag zur Diversifizierung der wirtschaftlichen Basis des Landes sollte so erhöht werden,

¹¹ Interview: 16.6.2014

¹² Interview: 12.3.2014

¹³ Interview: 16.6.2014

¹⁴ Interview: 2.6.2014

3. es wurde damit versucht, die Gegner der Universität zu beruhigen, die die Tradition des Auslandsstudiums in Gefahr sahen.

Während des Gründungsprozesses musste jedoch – trotz der weitgehenden Abwesenheit öffentlicher Diskussionen – bestimmten Rahmenbedingungen und Interessen Rechnung getragen werden, die eine Anpassung der ursprünglichen Planungen notwendig machten.¹⁵ So wurden existierende Hochschulinstitute – und damit eine stärkere Fokussierung auf die Lehre – in die neue Universität integriert. Die Konsequenz war, dass zwar die Internationalisierung eine Universitätsgründung ermöglichte, deren institutionelles Erscheinungsbild aber letztendlich durch nationale Bedingungen und Zwänge geprägt wurde.

Am Ende erreichte Hennicot-Schoepges ihr Ziel, eine Universität vor der nächsten Wahl zu etablieren. Diese Wahl beendete zugleich ihre Karriere als Ministerin, was nochmals den Eindruck verstärkt, dass für die Gründung der Universität Luxemburg ein nur begrenztes Zeitfenster zur Verfügung stand.

5. Schlussbemerkung: ein günstiges Zeitfenster?

Die Gründung der Universität Luxemburg erscheint als ein Beispiel für den prägenden Einfluss der Internationalisierung und der spezifischeren Europäisierung auf die nationale Hochschulpolitik. Es ist schwierig, eine bedeutendere Einflussgrößere zu identifizieren, die es erlaubt hätte, gegen eine in der Elitenreproduktion verankerte Tradition des Auslandsstudiums die Gründung einer Universität in Luxemburg durchzusetzen.

Die internen Kräfte zur Etablierung einer Universität – obwohl unzweifelhaft vorhanden – erschienen nicht stark genug. Aber auch die Internationalisierung/Europäisierung genügte in der nationalen Arena noch nicht als Triebfeder. Es bedurfte zusätzlich eines geeigneten Zugangs – und dieser Zugang erfolgte über die Ministerin und das Hochschulministerium. Ohne den Einsatz dieser Akteure in einer entsprechenden Position wäre die Universität vermutlich nicht realisiert worden.

Als ein Indiz für diese Bewertung mag schon die Zeit nach Hennicot-Schoepges als Ministerin dienen. So wurde die Universität Luxemburg in der Regierungserklärung nach der Wahl 2004 nur noch kurz erwähnt (Graf 2004). Darüber hinaus erwies sich die Lissabon-Strategie als Fehlschlag und büßte an Überzeugungskraft ein. Die internationale Finanzkri-

¹⁵ Die neuen Bedingungen entstanden primär durch ein kritisches Gutachten des Staatsrates und durch den Druck der Mitglieder der bereits existierenden Hochschulinstitute.

se traf zudem auch das Bankenzentrum Luxemburg und ermöglichte eine Renaissance der Argumentation der Universitätsgegner, die vor allem auf die hohen Kosten abstellte. Schließlich mangelt es der Universität in Luxemburg immer noch an Rückhalt in der Gesellschaft, so dass es schwer fällt, sich angesichts der spezifischen Tradition der Luxemburger Hochschulbildung zum jetzigen Zeitpunkt die Durchsetzbarkeit einer Universitätsgründung vorzustellen. Dafür wäre nicht nur ein neues Zeitfenster notwendig, sondern bedürfte auch Akteuren mit der Bereitschaft und der Macht, es zu nutzen. Alternativ könnte eine breite gesellschaftliche und politische Debatte eine substantiellere Legitimierung für die Gründung einer Universität erreichen, ohne dass dafür ein entsprechendes Zeitfenster notwendig wäre. Letzteres würde selbst der bestehenden Universität gut tun und zudem mehr der Natur demokratischer Prozesse entsprechen.

Literatur

- Braband, Gangolf (i.Ersch.): Logics and limits of competition in the European Higher Education Area: A documentary analysis. In: Harmsen, Robert and Kauppi, Niilo (Hg.) *The Europeanisation of Higher Education and Research Policy: The Bologna Process, the Lisbon Agenda and the International Marketplace*. Amsterdam: Editions Rodopi
- Capano, Gilberto und Piattoni, Simona (2011): From Bologna to Lisbon: the political uses of the Lisbon ‘script’ in European higher education policy. In: *Journal of European Public Policy*, Vol. 18, Nr. 4, S. 584–606
- Doerner, Max (2013): 10 Jahre Uni Luxemburg – Wege in die Wissensgesellschaft: In: *woxx*, Nr. 1233, 19. September
- Fischbach, Marc (1992): “Wir müssen pragmatische Lösungen anstreben” – Ein Gespräch mit Unterrichtsminister Marc Fischbach über die Hochschulpolitik in Luxemburg. In: *Luxemburger Wort*, 28.11.
- forum (1992): auszuch aus dem roger manderscheid sénger ried bei der iwverrechnung vum batty-weber-präis. In: *forum*, Nr. 140, S. 37
- forum (1999): Endliche eine nationale Hochschulpolitik?, In: *forum*, Nr. 195, S. 5–11
- Graf, Richard (2004): K(l)eine Uni, In: *woxx*, Nr. 764, 24. September
- Harmsen, Robert (2013): *The Bologna Process and New Modes of Governance: Logics and Limits of Arena-shaping*, Vortragspapier für die 13. EUSA Biennial Conference, Baltimore, 9. Mai
- Hirsch, Mario (2013): Plädoyer für mehr gesellschaftliche Relevanz. Sozialwissenschaften an der Uni Luxemburg. In: *forum*, Nr. 333, S. 36–39
- Juncker, Jean-Claude (1997): Mit Sozialklauseln die Globalisierung abfedern. Ein forum-Gespräch mit Premierminister Jean-Claude Juncker, In: *forum*, Nr. 175, S. 5–15
- Keeling, Ruth (2006): The Bologna Process and the Lisbon research Agenda: the European Commission’s expanding role in higher education discourse. In: *European Journal of Education*, Vol. 41, Nr. 2, S. 203–223
- Kmec, Sonja (2013): *Wissenschaftliche Freiheit ausgestellt*. Ein Nachwort zur Ausstellung iLux und einer Diskussion, die nicht stattgefunden hat. In: *forum*, Nr. 333, S. 30–32

- Meyer, Morgan (2008): The dynamics of science in a small country: the case of Luxembourg. In: *Science and Public Policy*, Vol. 35, Nr. 5, S. 361–371
- Meyer, Morgan (2009): Creativity and its contexts: the emergence, institutionalisation and professionalisation of science and culture in Luxembourg. In: *European Review of History: Revue européenne d'histoire*, Vol. 16, Nr. 4, S. 453–476
- Ministère de la Culture, de l'Enseignement Supérieur et de la Recherche (2000): *Le Livre Blanc de l'Enseignement Supérieur au Grand-Duché de Luxembourg*. Luxembourg: Ministère de la Culture, de l'Enseignement Supérieur et de la Recherche:
- Pauly, Michel und Zotz, Volker (2003): Universität Luxemburg. In: *forum*, Nr. 227, S. 18–20
- Pauly, Michel (2004): uni.lu nach dem Sommergewitter. In: *forum*, Nr. 239, S. 6-10
- Pondelinger [sic!], Germain (1999): Country report: ELA – Luxembourg. In: *European Journal for Education Law and Policy*, Vol. 3, Nr. 2, S. 151–153
- Powell, Justin J.W. (2014): International National Universities: migration and mobility in Luxembourg and Qatar. In: Streitwieser, Bernhard (ed.) *Internationalisation of Higher Education and Global Mobility*. S. 119–133. Oxford: Symposium Books
- Rohstock, Anne (2010): Wider die Gleichmacherei! Luxemburgs langer Weg zur Universität 1848–2003. In: *forum*, Nr. 301, S. 43–46
- Theis, Robert (1992): Eine Universität in Luxembourg? In: *forum*, Nr. 144, S. 35–37
- Wehenkel, Claude (1992): Für eine polizentrische Universität. Ein Gespräch mit Claude Wehenkel. In: *forum*, Nr. 140, S. 22–25
- Zotz, Volker (2002): Université de Luxembourg – Wohin geht die Reise? In: *forum*, Nr. 215, S. 3–9

die hochschule. journal für wissenschaft und bildung

Herausgegeben von Peer Pasternack
für das Institut für Hochschulforschung (HoF)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Redaktion: Daniel Hechler

Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg, Collegienstraße 62, D-06886 Wittenberg
<http://www.diehochschule.de>

Kontakt:

Redaktion: Tel. 03491/87 62 090, Fax: 03491/466 255;

eMail: daniel.hechler@hof.uni-halle.de

Vertrieb: Tel. 03491/466 254, Fax: 03491/466 255, eMail: institut@hof.uni-halle.de

ISSN 1618-9671, ISBN 978-3-937573-48-9

Die Zeitschrift „die hochschule“ versteht sich als Ort für Debatten aller Fragen der Hochschulforschung sowie angrenzender Themen aus der Wissenschafts- und Bildungsforschung. Als Beihefte der „hochschule“ erscheinen die „HoF-Handreichungen“, die sich dem Transfer hochschulforscherischen Wissens in die Praxis der Hochschulentwicklung widmen.

Artikelmanuskripte werden elektronisch per eMail-Attachment erbeten. Ihr Umfang soll 25.000 Zeichen nicht überschreiten. Für Rezensionen beträgt der Maximalumfang 7.500 Zeichen. Weitere Autoren- und Rezensionshinweise finden sich auf der Homepage der Zeitschrift: <http://www.diehochschule.de> >> Redaktion.

Das Institut für Hochschulforschung (HoF), 1996 gegründet, ist ein An-Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (www.hof.uni-halle.de). Es hat seinen Sitz in der Stiftung Leucorea Wittenberg und wird geleitet von Peer Pasternack.

Als Beilage zu „die hochschule“ erscheint der „HoF-Berichterstatte“ mit aktuellen Nachrichten aus dem Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg. Daneben publiziert das Institut die „HoF-Arbeitsberichte“ (http://www.hof.uni-halle.de/publikationen/hof_arbeitsberichte.htm) und die Schriftenreihe „Hochschulforschung Halle-Wittenberg“ bei der Akademischen Verlagsanstalt Leipzig. Ein quartalsweise erscheinender eMail-Newsletter kann abonniert werden unter <http://lists.uni-halle.de/mailman/listinfo/hofnews>.

Coverabbildung: Sieghard Liebe: Schöna, Dezember 1984 (Ausschnitt). Entnommen dem Bildband: Sieghard Liebe, AnSprüche eines DDR-Jahrzehnts. Fotografien im Widerspruch zum Lösungsalltag, Centaurus Verlag, Freiburg 2011 m. frdl. Genehm. d. Verlags

Ein Vierteljahrhundert später Zur politischen Geschichte der DDR-Wissenschaft

Daniel Hechler, Peer Pasternack:

Unerschöpftes Thema. Das DDR-Wissenschaftssystem post mortem 6

Anita Krätzner-Ebert:

Der Mauerbau und die Universitäten der DDR 12

Elise Catrain:

Hochschule im Überwachungsstaat. Struktur und Aktivitäten des
Ministeriums für Staatssicherheit an der Karl-Marx-Universität
Leipzig (1968/69–1981) 24

Johannes Keil:

Militär(finanzökonomie) an der Universität. Eine Überlebensstrategie
der Wirtschaftswissenschaften der DDR-Humboldt-Universität 34

Thomas Klemm:

„Die ästhetische Bildung sozialistischer Persönlichkeiten“.
Institutionelle Verflechtungen der Kunstlehrausbildung
an den Hochschulen in der DDR 48

Peer Pasternack:

Soziologie im Industrieviertel. Arbeitssoziologische Forschung an
der Universität Halle-Wittenberg 1963–1989 62

Ulrich Wobus:

Das Institut Gatersleben 1943–1990. Eine außeruniversitäre
Forschungseinrichtung zwischen Selbstbestimmung und
politischer Lenkung 78

Marie Teitge, Ekkehardt Kumbier:
Medizinisches Publizieren als Politikum. Zur Entstehungsgeschichte
der Zeitschrift „Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie“
in der SBZ/DDR.....89

Krijn Thijs:
Die Dreiecksbeziehungen der Fachhistoriker. Überlegungen über
den Umbruch in der ostdeutschen Geschichtswissenschaft.....101

Daniel Hechler, Peer Pasternack:
»... nicht uninteressanter als andere Dinge auch«. Zeitgeschichte
der ostdeutschen Hochschulen aus der Sicht ihrer Akteure114

FORUM

Ulrich Müller, Lukas Bischof:
Über die Grenzen des traditionellen Hochschulverständnisses.
Plädoyer für einen „erweiterten Hochschulbegriff“ 132

Gangolf Braband:
Ein günstiges Zeitfenster. Die Gründung der Universität Luxemburg
und der Einfluss internationaler Entwicklungen im Hochschulbereich144

PUBLIKATIONEN

Rezension: Jürgen Kaube: Im Reformhaus.
Zur Krise des Bildungssystems (*Daniel Hechler*)157

Peer Pasternack, Daniel Hechler, Tim Hutschenreuter:
Bibliografie: Wissenschaft & Hochschulen
in Ostdeutschland seit 1945.....161

Autorinnen & Autoren.....185

Autorinnen & Autoren

Lukas Bischof, Dipl. Psych., Projektleiter bei der CHE Consult GmbH, Berlin. eMail: lukas.bischof@che-consult.de.

Gangolf Braband, Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Forschungseinheit „Identités. Politiques, Sociétés, Espaces“ (IPSE) an der Universität Luxemburg. eMail: gangolf.braband@uni.lu

Elise Catrain, Dr. phil., Historikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin. eMail: Elise.Catrain@bstu.bund.de

Daniel Hechler M.A., Forschungsreferent am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: daniel.hechler@hof.uni-halle.de

Tim Hutschenreuter M.A., Soziologe, Forschungsreferent am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: tim.hutschenreuter@hof.uni-halle.de

Anita Krätzner-Ebert, Dr. phil., Historikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung „Bildung und Forschung“ des BStU. eMail: anita.kraetzner-ebert@bstu.bund.de

Johannes Keil, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: johannes.keil@hof.uni-halle.de

Thomas Klemm, Dr. phil., freiberuflicher Kunstwissenschaftler und Ausstellungsmacher in Leipzig. eMail: post@thomasklemm.com

Ekkehardt Kumbier, PD Dr. med. habil., Klinik und Poliklinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Universitätsmedizin Rostock. eMail: ekkehardt.kumbier@uni-rostock.de

Ulrich Müller M.A., Erziehungswissenschaftler, Leiter politische Analysen im Centrum für Hochschulentwicklung, Gütersloh. eMail: ulrich.mueller@che.de.

Peer Pasternack, Prof. Dr., Direktor des Instituts für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: peer.pasternack@hof.uni-halle.de; <http://www.peer-pasternack.de>

Marie Teitge, Dr. med., Universitätsmedizin Rostock. eMail: marie_teitge@web.de

Krijn Thijs, Dr. phil., Historiker, Duitsland Instituut Amsterdam, Universiteit van Amsterdam, Leibniz Summer Fellow 2015 am Zentrum für Zeithistorische Forschungen Potsdam. eMail: k.thijs@uva.nl

Ulrich Wobus, Prof. Dr. rer. nat. habil., 1992–2007 Geschäftsführender Direktor des Leibniz-Instituts für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung Gatersleben. eMail: ulrich.wobus@googlemail.com